

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Frau Dr. Neumeister, Kroll-Schlüter, Kalisch, Frau Karwatzki, Dolata, Hartmann, Sauer (Stuttgart), Dr. Faltlhauser, Müller (Wesseling), Breuer, Niegel, Dr. Voss, Dr. Hennig, Zink, Frau Hoffmann (Soltau), Schulze (Berlin), Frau Fischer, Voigt (Sonthofen), Dr. Hüsch, Milz und der Fraktion der CDU/CSU

Bekämpfung der Tuberkulose

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung der Tatsache zu, daß aufgrund des im Vergleich zu früheren Jahren geringeren Auftretens von Tuberkulosefällen die staatlichen Gesundheitsbehörden dazu übergegangen sind, die Pflicht zur Teilnahme an den Röntgenreihenuntersuchungen der Lunge abzuschaffen und die Pflichtimpfung der neugeborenen Kinder gegen Tuberkulose einzustellen?
2. In welcher Weise gedenkt die Bundesregierung sicherzustellen, daß bei der Bekämpfung der Tuberkulose in Zukunft gezielter vorgegangen wird, um dadurch das Auftreten von Tuberkuloseerkrankungen weiter einzuschränken?
3. Wie stellt sich die Bundesregierung eine in diesem Zusammenhang notwendige Umorganisation und Neuordnung der Tuberkulosefürsorge vor, insbesondere im Hinblick darauf, daß in Zukunft qualifiziertes Personal dafür nicht mehr ausreichend zur Verfügung steht?
4. Wie beurteilt die Bundesregierung die Auffassung, wonach eine wirksame Bekämpfung der Tuberkulose nur durch eine volle Funktionsfähigkeit des öffentlichen Gesundheitsdienstes gewährleistet werden kann?
5. Kann die Bundesregierung Angaben bestätigen, wonach der Fortbestand des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose aus finanziellen Gründen in Frage gestellt ist und vom Robert-Koch-Institut des Bundesgesundheitsamtes auf dem Gebiet der Tuberkulosebekämpfung kaum noch Aktivitäten ausgehen, und welche Bedeutung mißt sie dieser Entwicklung zu?
6. Wie erklärt sich die Bundesregierung die Tatsache, daß die Bundesrepublik Deutschland 1977 mit der Rate der tuberkulö-

sen Erkrankungen der Atmungsorgane nach offiziellen Statistiken genau so hoch lag, wie beispielsweise Bangladesch, Ghana, Kenia, die Türkei oder Brasilien, und wie beurteilt sie Meldungen der Fachpresse, wonach in der Bundesrepublik Deutschland jährlich immer noch etwa 30000 frische Tuberkulosefälle registriert werden?

7. Ist es nach Auffassung der Bundesregierung zutreffend, daß die am stärksten tuberkulosegefährdeten Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland Ausländer und ihre Kinder sind und die Zahl der Erkrankungshäufigkeit ausländischer Kinder in der Bundesrepublik Deutschland viermal so hoch ist wie bei ihren deutschen Altersgenossen?
8. Welche Schritte gedenkt sie zu unternehmen, um bei dieser Bevölkerungsgruppe eine Besserung bezüglich der Tuberkuloseanfälligkeit herbeizuführen?
9. In welchem Unfang und zu welcher Thematik hat die Bundesregierung im Hinblick auf die weitere Bekämpfung von Tuberkuloseerkrankungen in den vergangenen fünf Jahren Forschungsaufträge vergeben, und welche Institute wurden damit beauftragt?
10. Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, daß die erfolgreiche Entwicklung der Chemotherapie zu einer optimistischen Haltung der Ärzte geführt hat und damit die Bemühungen um die Bekämpfung der Tuberkulose und ihre Besonderheiten – auch auf wissenschaftlicher Seite – an Reiz verloren haben?
11. In welchem Ausmaß beteiligt sich die Bundesrepublik Deutschland – auch im Vergleich zu den anderen europäischen Staaten – an der finanziellen und fachlichen Unterstützung der Entwicklungsländer im Hinblick auf die Tuberkulosebekämpfung und welche Förderungen nach Art und Umfang sind von seiten der Bundesregierung für die kommenden Jahre geplant, insbesondere im Hinblick darauf, daß im Jahr 2000 die Gesamtweltbevölkerung mehr als 6 Mrd. erreicht haben wird, von denen mindestens 4 Mrd. in den besonders gefährdeten Entwicklungsländern leben werden?

Bonn, den 2. Juni 1982

Frau Dr. Neumeister	Niegel
Kroll-Schlüter	Dr. Voss
Kalisch	Dr. Hennig
Frau Karwatzki	Zink
Dolata	Frau Hoffmann (Soltau)
Hartmann	Schulze (Berlin)
Sauer (Stuttgart)	Frau Fischer
Dr. Faltlhauser	Voigt (Sonthofen)
Müller (Wesseling)	Dr. Hüsch
Breuer	Milz
	Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion